

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 66 (1972)
Heft: 3

Artikel: Die Aktion der 32 Geistlichen und Pfarrer
Autor: Kobe, Willi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142030>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Energiesteuer. Das langfristige Ziel der letzteren ist, einen Übergang zu erzwingen von der Produktion mittels energiehungrigen Maschinen zu arbeitsintensiven Industrien — um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Aber die radikalste und umstrittenste Forderung von allen, die in dem Plan enthalten sind, ist die, daß in den Endstadien des Rückzuges vom Wachstum eine massive Dezentralisation etwa in Dorfgemeinschaften erfolgen soll. Die Autoren stimmen zu, daß das ungeheuer schwierig ist in Ländern wie Großbritannien. Aber sie glauben, daß es aus zum Teil ökologischen, zum Teil psychologischen Gründen getan werden muß. Um ihre Argumente drastisch zu umreißen: Kleinere Gemeinschaften werden besser in der Lage sein, die unvermeidlichen materiellen Verzicht der stabilen Gesellschaft zu akzeptieren, und wenn der Verbraucherismus und die Wettbewerbswut verschwunden sein werden — was in einer stabilen Gesellschaft eintreten muß — so werden die kleinen Gemeinschaften dem Menschen die beste Chance bieten, neue, sinnvollere Wege zu finden, zu einem vollwertigen Dasein.

Der «Observer» empfiehlt eine intensive Diskussion und Analyse des Planes.

(Aus der englischen Zeitschrift «Ecologist»)

Die Aktion der 32 Geistlichen und Pfarrer

Sie hat in der schweizerischen Öffentlichkeit eine Masse Staub aufgewirbelt. Nicht nur Bundesrat Gnägi reagierte an ihr seine Angst um die Aufrechterhaltung des von seinem Departement unterstützten eidgenössischen Verteidigungsmythos ab, sondern sie ist ein glücklicher Zufall für alle gut nationalpatriotischen Bürger — von den Unteroffiziersvereinen bis zur Genfer «Aktion der Menschenrechte», von kirchlichen Kreisen nicht zu sprechen — zur Bezeugung ihrer Treue zum Vaterland. Als ob die Zweiunddreißig durch ihre Aktion nicht genau das gleiche wollten, nur auf eine etwas andere, zeitgemäßere, menschlichere, zukunftsverheißende, von der Evangeliumsbotschaft her gebotene Art.

Wenn die Zweiunddreißig durch ihre Aktion darauf hinweisen, daß unsere Nation eines grundsätzlichen Strukturwandels bedarf und sie deshalb für ihren Vorstoß auch die Sprache des politischen Tageskampfes wählten, um verstanden zu werden, so beweist es das öffentliche Aufsehen, welches ihr Brief auslöste, daß sie mit der Wahl dieses Ausdrucksmittels recht getan haben. Damit jedermann sich ein eigenes Bild von der Sachlage machen kann, bringen wir nachstehend den Brief an das Militärdepartement in deutscher Übersetzung.

Man verstand, daß die Aktion der Zweiunddreißig ernst zu nehmen ist. Man verstand, daß das Establishment nicht mehr ohne weiteres auf die Unterstützung seiner Absichten durch die Pfarrerschaft rechnen kann. Wobei als besonderes Novum zu bemerken ist, daß römisch-katholische Geistliche mitgemacht haben, wo man sonst von militärischer Seite her bisher mit besonderer Genugtuung hören konnte, daß es innerhalb dieser Konfession beinahe keine Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen gäbe. Da sind sie nun! Und wenn das am grünen Holz geschieht . . .!

Unseres Erachtens ist es schade, daß diese Erklärung nur die politische Tagessprache für ihre Anliegen benutzt hat. Einige wenige, aber grundsätzliche, in der Evangeliumsweisung verankerte Leitsätze hätten diese Aktion auch besser noch den kirchlichen Kreisen näherbringen können, denen, die sonst gewöhnlich zur «schweigenden Mehrheit» gehören, um sie darauf aufmerksam zu lassen, daß die Zweiunddreißig eigentlich an ihrer Stelle sich ausgesprochen haben.

Doch, sei dem wie ihm wolle. Wir freuen uns über dieses Zeugnis für eine menschenwürdigere Volksgemeinschaft in der heutigen Welt und für den Frieden auf Erden, der in Gerechtigkeit und Recht gegründet ist.

Willi Kobe

An das
Eidgenössische Militärdepartement
B e r n

Betrifft: Absage an die Armee.

Sehr geehrte Herren,

Nach reiflicher Überlegung haben wir beschlossen, gemeinsam jede Teilnahme an der «nationalen» Verteidigung (Steuern, Kurse, Schießübungen usw.) so wie sie uns heute aufgezwungen wird, abzulehnen. Warum?

Als Schweizerbürger wünschen wir auf konstruktivere Weise an der Zukunft unseres Landes teilzunehmen. Es scheint uns, daß die gegenwärtigen Ziele der nationalen Gesamtverteidigung eine gerechte Entwicklung unseres Landes und aller Völker, mit denen wir solidarisch sind, belasten.

Wir sind zur Überzeugung gekommen, daß unsere Armee, die «jederzeit bereit sein muß, einem Angriff von außen oder Unruhen im Innern unseres Landes zu begegnen» (s. Zivilverteidigungsbuch S. 30), im internationalen Zusammenhang immer weniger Sinn hat und praktisch nur noch den Interessen der Wirtschafts- und Finanzwelt dient. Wenn sie sich ferner im Innern des Landes einschaltet, um «die Ordnung wieder herzustellen», geschieht dieses gegen das Volk, im besondern gegen die Arbeiter, die Bauern, die Jungen . . . Durch unsere Ablehnung drücken

wir unsere Solidarität mit den Militärdienstverweigerern, diesen Opfern der Willkür der Militärjustiz, aus.

Schließlich können wir nicht mehr zustimmen, daß 26 Prozent des eidgenössischen Budgets (2 Milliarden und 300 Millionen, was 6 Millionen im Tag ausmacht), für die militärischen Ausgaben bestimmt sind, während im gleichen Jahr die für technische Zusammenarbeit bewilligten Kredite 134 Millionen nicht überschreiten. Wir denken, daß es an der Zeit ist, eine andere Prioritätenordnung aufzustellen.

«Wenn so viele Völker hungern, wenn so viele Familien Not leiden, wenn so viele Menschen zur Unwissenheit verurteilt sind, wenn so viele Schulen, Spitäler, Wohnungen, die diesen Namen verdienen, zu bauen sind, wird jede öffentliche oder private Verschwendung, jeder Rüstungswettlauf zu einem unerträglichen Skandal.» «Populorum progressio»)

Als Christen Pfarrer und Priester liegt uns daran, jetzt mit uns selbst konsequenter als früher zu sein. In dieser Hinsicht klagen wir jede «etablierte Ordnung» an, die praktisch die Ausbeutung gewisser Menschen und gewisser Klassen der Bevölkerung durch andere bei uns wie auch in der Dritten Welt legitimiert.

Wir wollen die Erklärungen unserer Kirchen ernst nehmen und ihnen nachleben (Uppsala, 1968 — Enzyklika: Populorum progressio — Interkonfessionelle Konferenz Schweiz—Dritte Welt usw.). Dieser gemeinsame Schritt soll auch eine Art des Aufrufs an unsere Kirchen sein, damit sie sich nicht mehr so leicht mit der etablierten Macht verbinden, sondern sich mit Mut und Klarblick für die Gerechtigkeit einsetzen,

Zum Schluß:

1. Wir verweigern von nun an jeden bewaffneten Dienst oder jede Militärsteuer.
2. Wir wollen uns immer mehr dem Dienst an der Gemeinschaft widmen, um zusammen im Sinne der Verantwortung für den Aufbau einer gerechteren, menschlicheren, brüderlicheren und weltverbindenden Gesellschaft zu wachsen.
3. Wir beteiligen uns finanziell freiwillig an einem Hilfswerk, das auf der Linie der internationalen Solidarität arbeitet.

Mit unseren besten Grüßen